

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/0608/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 09.01.2017 Verfasser: FB 61/010 // Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2016 - öffentlicher Teil							
Beratungsfolge: TOP: __ <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 30%;">Gremium</td> <td style="width: 50%;">Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>12.01.2017</td> <td>PLA</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	12.01.2017	PLA	Entscheidung
Datum	Gremium	Kompetenz					
12.01.2017	PLA	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2016, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2016, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.11.2016
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	22:20 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschiertor, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Harald Baal

Vorsitzender

Ratsherr Simon Adenauer

Herr Marc Beus

Ratsfrau Gaby Breuer

Herr Ulrich Gaube

Ratsherr Alexander Gilson

Herr Claus Haase

Ratsherr Wilhelm Helg

Herr Sava Jaramaz

Ratsherr Manfred Kuckelkorn

Herr Vahid Moradi

Vertretung für: Frau Dr. Inken Tintemann

Herr Dieter Müller

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Udo Pütz

Ratsherr Michael Rau

«SINAME»

Ausdruck vom: 09.01.2017

Seite: 1/14

Herr Dietmar Ruppert

Vertretung für: Frau Maike Schlick

Ratsherr Karl-Heinz Starmanns

Herr Eshetu Wondafrash

Abwesende:

Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn

entschuldigt

Frau Maike Schlick

entschuldigt

Frau Inken Tintemann

entschuldigt

Herr Rolf Eckert

entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Wingenfeld

Dez. III

Frau Clemens

FB 63

Frau Ellenbeck

FB 61

Herr Feiter

FB 23

Frau Helm

FB 61

Herr Kind

FB 20

Herr Kipka

FB 62

Frau Kuca

FB 01

Herr Kriesel

FB 61

Herr Larosch

B 03

Frau Ohlmann

FB 61

Herr Roder

FB 62

Herr Schaffert

FB 61

Herr Schneider

Dez. III

Herr Winand

B 03

als Schriftführerin:

Frau Vohn

FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschriften der Sitzung vom 01.09.2016 und vom 06.10.2016 -
öffentlicher Teil -**

- 3 **Wettbewerb ehemalige Schule Franzstraße
hier: Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses
Vorlage: FB 61/0570/WP17**

- 4 **Masterplan Uniklinik
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand**

- 5 **Beratung von Zielen und Kennzahlen
Vorlage: FB 61/0574/WP17**

- 6 **Aachen zu Fuß - Premiumwege
Zehn Wege ins Aachener Stadtgrün - Umsetzung von Weg 7 und Anmeldung zur
Städtebauförderung von Weg 8
Vorlage: FB 61/0540/WP17**

- 7 **Umwandlung des Tennenspielfeldes Rombachstraße in Kunstrasen und die Einfriedung
und Verbesserung des vorhandenen Naturrasenplatzes im Brander Wall
Vorlage: FB 23/0288/WP17**

- 8 **III. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 852 A -Münsterstraße -
Wohnen und Arbeiten-
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0559/WP17**

- 9 **Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 523**
hier:
- Einleitung des Aufhebungsverfahrens
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: FB 61/0571/WP17
- 10 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016**
Thermalwasserroute
Vorlage: Dez III/0013/WP17
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschriften der Sitzung vom 01.09.2016 und vom 06.10.2016 -
nichtöffentlicher Teil - :**
- 2 **Städtebauliches Konzept Büchel**
hier: mündlicher Bericht
- 3 **Berufung stimmberechtigter Mitglieder nach § 3 der Geschäftsordnung des
Architektenbeirates der Stadt Aachen:**
Vorlage: FB 63/0004/WP17
- 4 **Private Bauvorhaben**
- 5 **Denkmalschutzangelegenheiten:**
u.a. Sachstandsbericht zum Schwerpunkt Bauforschung und Inventarisierung
- 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Baal eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Zur Tagesordnung liegen werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

zu 2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzung vom 01.09.2016 und vom 06.10.2016 - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung am 01.09.2016, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Da die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 06.10.2016 dem Ausschuss noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Wettbewerb ehemalige Schule Franzstraße hier: Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses Vorlage: FB 61/0570/WP17

Die beiden ersten Preisträger stellen ihre Entwürfe vor: Zunächst präsentiert Herr Schneider den Wettbewerbsbeitrag für die Arbeitsgemeinschaft Johannes Schneider Architekt BDA mit planungsgruppe grün gmbh, im Anschluss daran Herr Wittfeld für kadawittfeldarchitektur gmbh mit greenbox Landschaftsarchitekten PartG.

Zum weiteren Vorgehen erläutert Frau Ohlmann, dass eine Entscheidung darüber, welcher Entwurf in die Umsetzung gehen solle, voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres getroffen werde. Die Vorbereitung des Bebauungsplanverfahrens laufe parallel, so dass man damit rechnen könne, im Frühjahr 2017 die Programmberatung durchführen zu können.

Der Ausschuss fasst den folgenden

«SINAME»

Ausdruck vom: 09.01.2017

Seite: 5/14

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses für den Bereich der ehemaligen Schule Franzstraße zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Masterplan Uniklinik**hier: mündlicher Bericht zum Sachstand**

Frau Ohlmann berichtet kurz über den aktuellen Stand der einzelnen Verfahren. Auf Nachfrage von Herrn Plum bestätigt sie, dass die Höhe des geplanten Parkhauses unter der Hochhausgrenze bleiben werde. Hinsichtlich des geforderten Fassadenwettbewerbs sei die Uniklinik darüber informiert, dass es sich um eine politische Vorgabe handele.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 5 Beratung von Zielen und Kennzahlen**Vorlage: FB 61/0574/WP17**

Herr Baal weist einleitend darauf hin, dass zu den einzelnen Produkten in der Beschlusszuständigkeit des Planungsausschusses Änderungswünsche verschiedener Fraktionen vorlägen. In der heutigen Beratung gelte es, einen Rahmen für die jeweiligen politischen Ziele und die entsprechenden Kennzahlen abzustecken, um für die Haushaltsberatungen 2018 dann eine abgestimmte Fassung beschließen zu können.

Frau Kuca erläutert kurz den Prozess, in dem die bisher im Haushalt geführten Ziele und Kennzahlen zustande gekommen seien. Aus Verwaltungssicht sei dabei eine Fokussierung auf prioritäre Ziele sinnvoll. Grundsätzlich sei eine Vielzahl von Kennzahlen denkbar, es müsse jedoch auch aus der Fachlichkeit heraus beurteilt werden, ob und mit welchem Aufwand entsprechende Daten geliefert werden könnten.

Herr Kind betont, dass die zu definierenden Ziele auch immer mit den im jeweiligen Produkt veranschlagten Mitteln verbunden seien. Um den Haushalt nicht zu überfrachten, sei es aus seiner Sicht angeraten, sich auf zwei bis drei wichtige Ziele zu beschränken, unabhängig davon könnten in den Fachbereichen selbst natürlich auch weitere Zielsetzungen geführt und mit entsprechenden Kennzahlen belegt werden.

Der Vorsitzende stellt die einzelnen Produktblätter nacheinander zur Diskussion:

010601 – Vergabewesen und HOAI-Musterverträge:

Für die Fraktionen CDU und SPD schlägt Herr Gilson vor, Ziel Nr. 2 „Optimierung der Abläufe zur Vermeidung von Kostensteigerungen“ zu streichen.

Dieser Vorschlag findet die Unterstützung aller Fraktionen.

Für die Fraktion der Grünen beschreibt Herr Rau die Zielsetzung dieses Produkts mit der transparenten und rechtssicheren Abwicklung von Verfahren, um für die Stadt Aachen zu guten Ergebnissen und günstigen Preisen zu kommen. In diesem Sinne rege man eine inhaltliche Schärfung der Zielformulierung an.

Herr Pütz stellt fest, dass die Durchlaufzeit der Ausschreibungsveröffentlichungen in den letzten Jahren konstant bei 7 Tagen gelegen habe. Wenn dies offensichtlich eine nicht weiter reduzierbare Zeitspanne sei, sehe man die Zielsetzung der Senkung von Durchlaufzeiten als nicht sehr sinnvoll an.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Anregungen in die Überlegungen zur Überarbeitung des Produktblatts mit einzubeziehen.

090101 – Räumliche Planung und Entwicklung

Für die Fraktionen CDU und SPD regt Herr Gilson die Aufnahme eines zusätzlichen Produktziels „Umsetzung der Projekte nach Prioritäten“ an.

Herr Rau hält die von der Verwaltung ausgearbeiteten Zielformulierungen für nachvollziehbar. Die Umsetzung von Projekten nach Prioritäten sei als Zielvorgabe schwierig, zwar habe man im Bereich der Verbindlichen Bauleitplanung eine vom Ausschuss beschlossene Prioritätenliste, das Produkt umfasse jedoch wesentlich mehr Projekte als nur Bebauungsplanverfahren.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Anregungen in die Überlegungen zur Überarbeitung des Produktblatts mit einzubeziehen und einen Vorschlag für eine Zielformulierung zu unterbreiten, der den Aspekt der Prioritätensetzung berücksichtigt.

Herr Pütz schlägt für die Piratenfraktion ebenfalls ein zusätzliches Produktziel vor, und zwar „Anpassung der planungsrechtlich neu auszuweisenden Wohn- und Gewerbeeinheiten an die prognostizierte Nachfrage“.

Herr Baal sieht diese Aufgabenstellung in der Beschlusszuständigkeit des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses und bittet Herrn Pütz, einen entsprechenden Änderungsvorschlag in diesem Gremium zu unterbreiten.

090102 – Vollzug des Planungsrechts

Für die Fraktionen CDU und SPD bittet Herr Gilson darum, eine Zusammenlegung mit Produkt 090101 – Räumliche Planung und Entwicklung – zu prüfen.

Diesem Vorschlag stimmen alle Fraktionen zu.

090103 – Städtebauliche Verträge

Zu den vorliegenden Zielformulierungen werden keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge vorgebracht.

Herr Rau vertritt die Auffassung, dass die Kennzahl „Anzahl zusätzlicher Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau über städtebauliche Verträge“ in Bezug auf die Zielformulierungen nicht aussagekräftig sei.

Seitens der übrigen Fraktionen wird die Beibehaltung dieser Kennzahl zur Erfolgskontrolle in Hinblick auf den Beschluss zur Realisierung einer bestimmten Quote von öffentlich geförderten Wohneinheiten in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen für wünschenswert gehalten.

090104 – Abwicklung sonstiger Anliegerbeiträge

Die Zusammenfassung dieses Produkts mit dem Produkt 090103 – Städtebauliche Verträge – wird von allen Fraktionen als sinnvoll erachtet.

090301 – Geoinformationssysteme, -management, u.a.

Für die Piratenfraktion schlägt Herr Pütz vor, als weitere Kennzahl „Neu erstellte Geoinformations- bzw. Kartendienste“ aufzunehmen.

Dieser Vorschlag findet die Zustimmung aller Fraktionen.

090401 – Bodenordnung, Bewertung, Ortsbaurecht

Für die Fraktion der Grünen spricht sich Herr Rau dafür aus, die Zielformulierung Nr. 2 „Die Beteiligung an Baugenehmigungsverfahren soll qualitativ hochwertig erfolgen und möglichst nach 7 Arbeitstagen eine Stellungnahme vorliegen“ ebenso wie die entsprechende Kennzahl zu streichen, da diese nach seiner Einschätzung keine strategische Relevanz für das Produkt beinhaltet.

Alle Fraktionen erklären ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag.

100101 – Bauaufsicht

Für die SPD-Fraktion spricht sich Herr Plum gegen die einseitige Betonung des Aspekts der Wirtschaft in Zielformulierung Nr. 2 aus. Stattdessen schlägt man die Formulierung „Ausnutzung von Entscheidungsspielräumen im Sinne einer Stärkung des *Standorts Aachen*“ vor, so dass eine umfassende Einbeziehung aller Belange gefordert werde.

Dieser Vorschlag stößt auf Einverständnis bei allen Fraktionen.

Zudem wird darum gebeten, die Zeitangabe in der Kennzahl „Bearbeitungsdauer der Baugenehmigungsverfahren“ zu präzisieren und deutlich zum Ausdruck zu bringen, ob es sich hier um Werktage, Arbeitstage oder Kalendertage handele.

100102 – Stellplatzablöse

Seitens der Fraktionen CDU und SPD wird vorgeschlagen, dieses Produkt zukünftig mit dem Produkt 090103 – Städtebauliche Verträge – zusammenzufassen.

Herr Larosch spricht sich aus fachlichen Erwägungen statt dessen für eine Zusammenlegung mit dem Produkt 100201 – Bauverwaltung – aus.

Die Fraktionen erklären sich mit dem Vorschlag von Herrn Larosch einverstanden.

Für die Piratenfraktion regt Herr Pütz an, die Aufrechterhaltung des Parkraumangebots für den Individualverkehr als ein weiteres Produktziel zu definieren und hier entsprechende Kennzahlen zu erheben.

Herr Plum vertritt die Auffassung, dass diese Zielsetzung zwar grundsätzlich sinnvoll sein könne, jedoch nicht in diesem Produkt. Die Aufgabenstellung hier sei mit dem Abschluss von Ablöseverträgen beschrieben, dies sei eine verwaltungstechnische Zuarbeit im Baugenehmigungsverfahren. Die tatsächliche Schaffung von Parkmöglichkeiten werde hiervon nicht umfasst und sei eher eine inhaltliche bzw. eine mobilitätspolitische Frage.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine solche Zielsetzung in Produkten mit mobilitätspolitischen Aufgabenstellungen zum Tragen kommen kann.

100201 – Bauverwaltung

Für die Fraktionen CDU und SPD schlägt Herr Gilson vor, als zusätzliche Kennzahl die Anzahl der abgerechneten Projekte aufzunehmen.

Herr Plum regt an, aus der Zielformulierung Nr. 1 den Aspekt der Verjährung zu streichen. Nach seiner Auffassung sei es selbstverständlich, dass die Verwaltung alles daran setze, Verjährungsfälle zu vermeiden. Eine neue Zielformulierung könne dementsprechend „Zeitnahe Abrechnung von Erschließungsmaßnahmen“ lauten.

Beide Vorschläge werden von allen Fraktionen unterstützt.

100301 – Denkmalpflege (städt. Objekte)

Auf Nachfrage erläutert Herr Larosch, dass unter diesem Produkt vornehmlich Förderprojekte für Baudenkmäler in städtischem Eigentum abgewickelt wurden. Er schlägt vor, hier zukünftig alle mit Förderung zusammen hängenden Aufgaben zu bündeln und damit auch das Produkt 100201 – Bauverwaltung – zu entlasten.

Dieser Vorschlag wird von allen Fraktionen begrüßt.

100901 – Denkmalschutz

Für die Piratenfraktion regt Herr Pütz an, als Kennzahl nicht die Gesamtzahl der Denkmäler zu verwenden, sondern stattdessen die Anzahl der neu unter Schutz gestellten Denkmäler.

Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwände erhoben.

Für die Fraktionen CDU und SPD schlägt Herr Gilson vor, ein weiteres Ziel mit der Formulierung „Erstellung der Bescheinigungen nach Priorität“ aufzunehmen.

Herr Schaffert sieht hier die Schwierigkeit, nachvollziehbare und rechtlich belastbare Kriterien für eine Prioritätensetzung zu definieren.

Frau Ellenbeck fügt ergänzend hinzu, dass die Reihenfolge der Bearbeitung sich bislang aus Gleichbehandlungsgründen nach dem Eingang der prüffähigen Unterlagen richte.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Anregungen in die Überlegungen zur Überarbeitung des Produktblatts mit einzubeziehen und einen Vorschlag für eine Zielformulierung zu unterbreiten, der den Aspekt der Prioritätensetzung berücksichtigt.

150102 – Entwicklung städtebaulicher Standortfaktoren

Herr Wingefeld erläutert, dass derzeit eine Möglichkeit fehle, stadtentwicklungspolitisch sinnvolle Aktivitäten seines Dezernates wie beispielsweise die Teilnahme an IBA-Projekten oder an der Stadtentwicklungsmesse POLIS finanztechnisch abzuwickeln. Sein Vorschlag sei daher, unter diesem Produkt einen Ansatz für solche Vorhaben zu veranschlagen.

Herr Rau hält es für sinnvoll, ein solch neutrales Produkt zu halten, um städtebaulich bedeutsame Projekte abwickeln zu können.

Herr Kind regt an, dieses Produkt wie vorgesehen auslaufen zu lassen und die hier ursprünglich verortete Aufgabenstellung in ein anderes, vorzugsweise bereits existierendes Produkt zu überführen.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu im Rahmen der Überarbeitung der Produktstruktur einen Vorschlag zu unterbreiten.

Neues Produkt – Öffentlich geförderter Wohnraum

Für die Piratenfraktion schlägt Herr Pütz vor, zur kontinuierlichen Förderung der Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum ein neues Produkt einzurichten. Produktziel solle die Nachverfolgung des Anteils geförderten Mietwohnungsbaus bei Bauvorhaben sein.

Herr Baal sieht diese Aufgabenstellung in der Beschlusszuständigkeit des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses und bittet Herrn Pütz, einen entsprechenden Änderungsvorschlag in diesem Gremium zu unterbreiten.

Zusammenfassend ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Produktblätter unter Berücksichtigung der in der Diskussion vorgebrachten

Änderungsvorschläge und Anregungen zu überarbeiten und dem Ausschuss die Ergebnisse dieser Überarbeitung im Frühjahr 2017 zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Aachen zu Fuß - Premiumwege
Zehn Wege ins Aachener Stadtgrün - Umsetzung von Weg 7 und Anmeldung zur
Städtebauförderung von Weg 8
Vorlage: FB 61/0540/WP17**

Frau Helm erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Plum dieses Projekt ausdrücklich. Man habe in den letzten Jahren viel für andere Verkehrsteilnehmer getan, nun sei es an der Zeit, sich auch der Belange der Fußgänger zu kümmern. Man werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, bitte jedoch die Verwaltung angesichts der Tatsache, dass andere politische Gremien zu diesem Projekt bereits Aufträge erteilt hätten, darum, auf die Einhaltung der Beschlusszuständigkeiten zu achten.

Frau Breuer verweist darauf, dass mit der Umsetzung der vorliegenden Planung keine Änderung hinsichtlich der Verkehrsfunktion der Fläche beabsichtigt sei, insofern sei eine Beschlussfassung durch den Planungsausschuss hier richtig.

Für die Fraktion Die Linke bewertet auch Herr Beus das vorgestellte Konzept und die hieraus folgenden Maßnahmen positiv und signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Für die Fraktion der Grünen sieht Herr Rau in der Umsetzung der detailliert beschriebenen Maßnahmen eine Bereicherung für die jeweiligen Straßenzüge und die Fußgänger, die diese nutzen. Man bitte jedoch im Hinblick auf die an einigen Stellen ohnehin schon kritische Überfrachtung des öffentlichen Raums darauf zu achten, dass eine Beschilderung, wenn sie denn überhaupt notwendig sei, nur sehr zurückhaltend vorgenommen wird.

Herr Baal weist darauf hin, dass die der Vorlage beigefügte Übersichtskarte sehr schön illustriere, wie das aktuelle Konzept der Premiumwege verbunden sei mit dem Konzept der „Grünfinger“, das schon seit vielen Jahren eine der Grundlagen für die Arbeit des Ausschusses bilde.

Der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der schrittweisen Umsetzung des Maßnahmenkataloges für den Premiumweg 7 -vom

Markt über die Jakobstraße zum Johannisbachtal- und gleichzeitig, den Weg 8 -vom Markt via Lindenplatz zum Westpark- zur Städtebauförderung anzumelden.

Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2017.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Umwandlung des Tennenspielfeldes Rombachstraße in Kunstrasen und die Einfriedung und Verbesserung des vorhandenen Naturrasenplatzes im Brander Wall

Vorlage: FB 23/0288/WP17

Auf Nachfrage von Herrn Pütz bestätigt Herr Feiter, dass die Errichtung einer Flutlichtanlage nicht beabsichtigt ist.

Für die Fraktion Die Linke kündigt Herr Beus an, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde, wobei man davon ausgehe, dass bei der Materialauswahl auf die geforderte Zertifizierung geachtet worden sei.

Für die Fraktion der Grünen signalisiert Herr Rau grundsätzlich ebenfalls Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Nicht einverstanden sei man jedoch mit dem Finanzvorbehalt, der im Beschlussentwurf formuliert sei. Es sei selbstverständlich, dass die Maßnahme erst umgesetzt werden könne, wenn die haushaltsrechtlichen Bedingungen erfüllt seien, den Beschluss selbst wolle man jedoch nicht unter einen Vorbehalt stellen. Aus diesem Grund beantrage man die Streichung des Passus „vorbehaltlich der Freigabe der erforderlichen Finanzmittel“.

Aus haftungsrechtlichen Gründen spricht sich Herr Plum gegen den Änderungsantrag von Herrn Rau aus.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses die Herren Pütz, Rau, Beus, Plum und Haase sowie seitens der Verwaltung Herr Feiter beteiligen, stellt der Vorsitzende den Änderungsantrag als den weitergehenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur vorgesehenen Umwandlung des Tennenspielfeldes Rombachstraße in Kunstrasen und Einfriedung und Verbesserung des vorhandenen Naturrasenplatzes im Brander Wall zur Kenntnis. Er fasst den Baubeschluss für diese Maßnahme. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel erfolgt aus der in den Erläuterungen aufgeführten Position.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einer Gegenstimme

«SINAME»

Ausdruck vom: 09.01.2017

Seite: 12/14

**zu 8 III. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 852 A -Münsterstraße -
Wohnen und Arbeiten-**

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0559/WP17

Herr Kriesel verweist zu diesem Punkt auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Mitteilung der Verwaltung und erläutert kurz, dass zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 852 A keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern bzw. von Behörden eingegangen seien. Eine Beschlussfassung des Planungsausschusses sei daher nicht erforderlich, der Bebauungsplan werde dem Rat der Stadt in der nächsten Sitzung zum Satzungsbeschluss vorgelegt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 9 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 523

- Einleitung des Aufhebungsverfahrens
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: FB 61/0571/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 523 zur Kenntnis. Er stellt fest, dass auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB verzichtet werden kann.

Er beschließt für den Bebauungsplan Nr. 523 die Einleitung des Aufhebungsverfahrens gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB sowie gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 523 in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016**

Thermalwasserroute

Vorlage: Dez III/0013/WP17

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Plum der Verwaltung seinen Dank dafür aus, dass die Bereitstellung der Mittel noch in diesem Jahr ermöglicht worden sei.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Gilson diesem Dank an.

Für die Piratenfraktion kündigt Herr Pütz an, dass man der Bereitstellung der Mittel angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt nicht zustimmen werde.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel im Haushaltsjahr 2016 bei PSP-Element 5-150102-900-00200-050-1, Kostenart 78910000

„Thermalwasserroute“ in Höhe von 100.000 €

Die Deckung erfolgt über PSP-Element 5-120102-900-06700-300-1, Kostenart 78520000

„Archäologische Untersuchungen“.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Piratenfraktion

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilungen der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 852 A – Münsterstraße, Wohnen und Arbeiten
- Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 968 – Weißhausstraße/ Höfchensweg
- Änderung Nr. 132 des Flächennutzungsplanes 1980 – Brander Feld

Herr Schaffert informiert den Ausschuss darüber, dass am 04.11.2016 bei der Bezirksregierung der Erörterungstermin zum Raumordnungsverfahren Zeelink stattgefunden habe. Auf Rückfrage habe die Bezirksregierung deutlich gemacht, dass die von der Stadt Aachen eingebrachte A 44-Variante dem früheren MET Korridor entspreche, dessen "raumordnerische Beurteilung" weiterhin Gültigkeit habe. Die Erörterung beschränke sich daher auf den Inhalt des Raumordnungsverfahrens. Die Open Grid halte zwar an ihrem Vorzugskorridor fest, habe allerdings betont, dass sie sich bemühen werde, die A 44-Variante technisch zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Aachen zwar das Versorgungsbedürfnis anerkannt, aber deutlich gemacht, dass die Erwiderungen des Vorhabenträgers auf die Stellungnahme der Stadt Aachen nicht akzeptabel seien und sie daher die Bedenken gegen den Vorzugskorridor und den Variantenkorridor aufrechterhält. Im Rahmen der Diskussion habe die Bezirksregierung erläutert, dass die "raumordnerische Beurteilung" nach Abschluss des Verfahrens die Qualität eines Grundsatzes habe. Damit ist sie nicht verbindlich wie ein Ziel, sondern unterliegt der Abwägung im Planfeststellungsverfahren. Damit können sich theoretisch bei der Trassenführung im späteren Planfeststellungsverfahren Abweichungen vom Raumordnungskorridor ergeben. Die Ergebnisse der Erörterung und die Entscheidung zur "raumordnerischen Beurteilung" wird die Bezirksregierung den Beteiligten voraussichtlich noch in 2016 mitteilen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen hierzu zur Kenntnis.